Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 22. Juli 1930

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Der Hauptfeind.

SPD. Die Wahlstrategen des bürgerlichen Lagers haben mächtig zu tun. Das böse Gewissen plagt sie. Sie haben Angst vor der Abrechnung. Daher sind sie eifrig bemüht, eine Art Burgfrieden zu schliessen, um ihre Kampfkraft gegen die Sozialdemokratie richten zu können. Diesen bürgerlichen Mischmasch braucht die grosse deutsche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, nicht zu fürchten. Die Taten der Regierung Brüning sind die schärfste Anklage gegen sie und die hinter ihr stehenden Parteien. Schwieriger ist der Kampf gegen den Feind, der von jeher ihr schlimmster war: "Der Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchbricht." Dieser Feind sammelt sich im Lager des Nationalsozialismus.

Nicht mit dem Geist, sondern mit der Faust wollen die Nationalsozialisten das deutsche und das soziale Problem lösen. Wer ihr Kraftmeiertum sieht, muss unwillkürlich an die Plakate der Vaterlandsparteiler während des Krieges denken, auf denen eine gepanzerte Faust zu sehen war, und darunter die Unterschrift: "Das wollen unsere Feinde!" Wie damals die geistigen Vorfahren der Nationalsozialisten, die Leute, die vor lauter Dummheit die halbe Welt erobern wollten, nicht erkannten, dass der Krieg nicht an der mangelnden Kraft der deutschen Soldaten, sondern nur an der Dummheit der militärischen und politischen Kriegsführung verloren ging, so erkennen auch heute die Gefolgsmannen der Hitler, Goebbels, Strasser und Konsorten nicht, dass Brot und Arbeit in Deutschland nicht durch Redensarten, sondern nur durch zähe und zielbewusste sozialpolitische und gewerkschaftliche Arbeit beschafft werden kann. Ein gefährlicher Grössenwahn ist im Nationalsozialismus lebendig, ganz ähnlich dem überspannten Nationalismus der wilhelminischen Götter und Halbgötter. Alle schlechten Instinkte, die übelste Renommiererei mit Front-Heldentaten, die sich nie ereignet haben, ein ekliges Kraftgetue feiern bei den Nationalsozialisten förmlich Orgien. Die dunklen Elemente unter diesen Landsknechten der Reaktion hat bereits ein förmlicher Blutrausch erfasst. In den Hinterzimmern der Grosstadtkneipen singen sie unsagbar blutrünstige und gemeine politische Lieder. Die Bestialität kann sich kaum noch beherrschen, sie kann kaum den Tag erwarten, bis sie die sozialdemokratischen Arbeiterführer an den Laternenpfählen aufhängen kann. Und diese Leute bringen es fertig, gleichzeitig den Arbeitern vorzumachen, dass sie den Sozialismus erstreben.

Nie ist mit dem Wort "Sozialismus" ein grösserer Unfug getrieben worden, als in diesen Tagen von den Nationalsozialisten. Schon beschäftigen sich auch Zeitschriften der Arbeitgeber mit dem nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm, das ein tolles Gemisch irgendwo zusammengelesener verdauter und unverdauter Gedanken darstellt. Dieses nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm ist nichts anderes als eine Leimrute für harmlose Gemüter, die den Ausgangspunkt der nationalsozialistischen Bewegung nicht kennen oder vergessen haben. Der Nationalsozialismus kommt von München. Sein Prophet ist heute noch Hitler,

und dieser Hitler hat nicht von ungefähr vor kurzem die Strasser-Leute, die etwas zu viel in "Sozialismus" machten, verprügeln und aus seiner Partei hinauswerfen lassen. Die sozialistische Note ist nicht rein zufällig nur in Norddeutschland bei den Nationalsozialisten stärker hervorgetreten. Im stärker industrialisierten Norddeutschland liegen die Hauptkraftzentren der freien Arbeiterbewegung. Um hier Fuss fassen zu können, musste die Hitlerbewegung naturgemäss ihr Spiel mit dem Wort Sozialismus so kräftig spielen, dass schliesslich dem nicht ganz eingeweihten Unternehmertum Himmelangst wurde und Hitler einschreiten musste. Die schönen Sätze der Goebbels und Strasser, dass die Nationalsozialisten in den Lohnkämpfen auf Seiten der Arbeiterschaft stehen und dass das heutige Wirtschaftssystem unsittlich und räuberisch sei, sind notwendig, um mit den organisierten Massen in Kontakt zu kommen. Sie hindern aber Hitler, den nationalsozialistischen Parteipapst, keineswegs mit Hugenberg, dem Zeitungskönig der Schwerindustrie, Arm in Arm in den Wahlkampf zu ziehen. Die Kapitalisten und Unternehmer wissen schon, was sie an Hitler haben. Sie können sich die in der letzten Zeit in den Strasser-Organen etwas auffallend deutlich aufgetretenen unternehmerfeindlichen Äusserungen nur, wie es in der Zeitschrift der Vereinigten Arbeitgeberverbände heisst, als "Folge mangelnder Disziplin gegenüber dem obersten Führer, also Hitler" erklären. Und sie haben, wie der Krach Hitler-Strasser zeigt, vollkommen recht. Als Hitler in München die nationalsozialistische Bewegung ins Leben rief, wer waren da seine Freunde? Arbeiter oder Fabrikanten, Forstleute, Apotheker, Professoren und ehemalige deutschnationale Handlungsgehilfen? Gewiss: es stellten sich schliesslich auch in seiner Mannschaft Arbeiter ein, aber was für Arbeiter? Krakeler, Streber, die irgendwo nichts werden konnten, Unorganisierte und Gelbe, die sich überall herumtreiben, wo ein neuer Laden aufgemacht wird, und schliesslich die katilinarischen Existenzen der Grosstädte. Wer darauf ausgeht, eine Revolution zu machen, muss rechtzeitig mit dem Mob und mit den Rowdies Fühlung nehmen. Daher auch der bewusst rüde und gemeine Ton in der Agitation und Propaganda der Nazis.

Der Nationalsozialismus ist heute noch, was er von Anfang an war: Dummenfang im Interesse des Kapitals. Es glaubt, mit Geld alles machen zu können. Warum sollte es sich nicht eine eigene Arbeiterbewegung schaffen? Hat es nicht Möglichkeiten genug, um eine solche Bewegung politisch und wirtschaftlich aus dem Boden zu stampfen, ohne dabei noch nebenbei viel Geld ausgeben zu müssen? Kann es nicht durch künstliche Vermehrung der Arbeitslosigkeit genug verzweifelte Existenzen schaffen, die den nationalsozialistischen Lügnern in die Hände laufen? War nicht die ganze Politik der Hauptunternehmerpartei im Reichstag, nämlich der Deutschen Volkspartei, seit Jahr und Tag darauf gerichtet, den Arbeitermassen den Parlamentarismus zu verekeln und sie so für das Diktaturgerede der Hitlerleute empfänglich zu machen? Das Volk sollte sich sagen: wozu noch einen Reichstag, wenn er doch nichts zuwege bringt? Und die Arbeiter sollten verärgert und entmutigt werden. Verzweiflungsstimmung unter den breiten Massen, das war das Ziel, das das Unternehmertum auch mit dem Abbau des Kranken- und Arbeitslosenschutzes verfolgte. Entmutigte Arbeiter hoffte es, leichter zu dem Glauben an brutale Gewalt, d.h. an den Nationalsozialismus bekehren zu können.

Der Kapitalist und niemand anders ist der eigentliche Schrittmacher für den Nationalsozialismus. Wer hat in Thüringen dem nationalsozialistischen Innenminister das Regieren ermöglicht? Nur die Deutsche Volkspartei, die Partei des Kapitals. Diese Gemeinschaft zwischen Geldsack und Hitler ist der schlimmste Feind der Arbeiterschaft. Sie muss im Wahlkampf, unter Aufbietung aller Kräfte, einen vernichtenden Stoss erhalten. Die regulären und irregulären Truppen des Unternehmertums, die offene Unternehmerpartei, die Deutsche Volkspartei, und die "Arbeiterbewegung" des Kapitals, die Nationalsozialisten, sie sind der Hauptfeind.

SPD. Chemnitz, 22.Juli (Eig.Drahtb.)

Im Herbst vorigen Jahres zogen in das Stadtparlament zu Annaberg i.Erzgebirge die Nationalsozialisten auf den ersten Anhieb mit zehn Mandaten ein. Die Zehn-Mann-Fraktion ist ein getreues Spiegelbild der Zustände in der gesamten Hitlerbewegung. Noch nicht einmal ein Jahr sind jene Nazis in Amt und Würden und schon geht es in der Fraktion drunter und drüber. Korruptionserscheinungen sind an der Tagesordnung.

Auf der Liste der Nationalsozialisten stand zunächst ein gewisser Krauss. Als er befürchtete, dass man in der Hitlerpartei an seiner Vergangenheit Anstoss nehmen könnte, ging er zu den Kommunisten und bot diesen Material gegen die Hitlerpartei an. Bisher aber hat man nicht vernommen, dass Krauss inzwischen ausgeschlossen worden sei. Wahrscheinlich fürchten die Hitlerianer seine Enthüllungen.

Grössere Sorge aber bereitet den Nationalsozialisten ihr Stadtverordnete: Hofmann, der sich als Herausgeber eines nationalsozialistischen Revolverblattes für Annaberg besonders hervortut. Dieser Revolverjournalist wurde kürzlich vom bürgerlichen Stadtverordnetenvorsteher in öffentlicher Sitzung ein Verleumder, Lügner, Schwindler und Gauner genannt. Hofmann weiss genau, dass er viel Dreck am Stecken hat und versuchte der gerichtlichen Aburteilung, bei der sein Vorleben bekannt geworden wäre, mit der Bemerkung zu entgehen, dass er sich nicht beleidigt fühle. Wie steht es mit ihm? Er hat sich zu Hitler geschlagen um mit Münchmeyer und dessen Lebenswandel konform gehen zu können. Das Zahlen der Alimente überlässt Hofmann getrost der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Als dieser Tage die Stadtverordnetendiäten ausgezhalt werden sollten wurde Hofmann auf das Wohlfahrtsamt bestellt und ihm dort eröffnet, dass seine Diäten von der Stadt gepfändet worden seien. Nun stellen sich die Nationalsozialisten hin und erklären stolz, Hofmann habe "freiwillig" auf die Diäten zugunsten seiner Kinder verzichtet.

Kein Wunder wenn die braven Bürger im Nazilager angesichts der geschilderten Zustände meutern. Zu ihnen gehört der inzwischen aus der nationalsozialistischen Fraktion ausgetretene Gastwirt Körnig. Sein Mandat hat er nicht niedergelegt. Deshalb soll er jetzt entlarvt werden. Als die Kandidaten der Hitlerliste aufgestellt wurden, mussten sie eine Erklärung unterschreiben, die nach Aussagen von Nationalsozialisten folgenden Wortlaut hat: "Wenn ich aus der Partei austrete bin ich ein Lump. Wenn ich dann das Mandat behalte bin ich ein grosser Lump." Körnig soll sich nun, weil er das Mandat behält, selbst gerichtet haben. Er aber erklärte in der Stadtverordnetenversammlung: "Hätte ich als Gastwirt gewusst, dass bei der nationalsozialistischen Partei so gross Lumpen Unterschlupf finden, so wäre ich nie zu ihnen gegangen und niemals hätte ich eine solche Erklärung unterschrieben, die jetzt zur Erpressung gegen mich benutzt wird."

SPD. Koblenz, 22.Juli (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag weilte Reichspräsident von Hindenburg bei der offiziellen Befreiungsfeier als Gast der preussischen Regierung in Koblenz.

Der preussische Ministerpräsident dankte zunächst dem Reichspräsidenten im Verlauf der in der Stadthalle vor sich gehenden Feier für sein Erscheinen und dankte zugleich der rheinischen Bevölkerung für ihre Treue zum Reich und zu Preussen. Braun fährt dann fort: "Der preussische Staatsverband darf nicht eher gelockert werden, bis wir als einheitlichen Reichsverband etwas völlig Gleichwertiges an seine Stelle zu setzen vermögen." Noch fehlt uns in diesem preussischen Staatsverband eines der wertvollsten Glieder der Rheinprovinz, das herrliche Gebiet an der Saar. Wir grüssen heute die in Treue erprobten Saarländer und hoffen mit ihnen, dass trotz der Hindernisse, die sich gerade jetzt wieder aufzutürmen scheinen, bald auch ihnen als Lohn ihres Ausharrens

die politischen Rechte aller Deutschen zurückgegeben werden und dass auch sie sich der Rückkehr in ihr Vaterland erfreuen können. Leider wird unsere Freude dadurch getrübt, dass eine der schwersten Weltwirtschaftskrisen gerade jetzt in zahllose deutsche Familien Arbeitslosigkeit, Not und Verzweiflung gebracht hat. Sie lastet doppelt auf diesem schon durch den Friedensvertrag und die Besatzungsfolgen schwer geschädigten Gebiet. Der Zauber des Rheintales täuscht uns auch nicht darüber, dass hinter diesen herrlichen Höhen eine arme Grenzbevölkerung in Not und Entbehrung lebt. Ein Schicksal, das ja leider viele unserer Grenzgebiete teilen. Die Staatsregierung kennt diese Not. Sie wendet allen Grenzgebieten ihre besondere Fürsorge zu. Sie wird tun, was in ihren Kräften steht, um den Randgebieten in West und Ost zu helfen.

Trotz aller eigenen Grenznot sind von der Mosel und dem Rhein nur Stimmen des Verständnisses für die Hilfsmassnahmen gekommen, die die Reichs- und Staatsregierung für die infolge willkürlicher Grenzziehung und Losreissung vom Mutterlande schwer leidenden Grenzgebiete des Ostens hat ergreifen müssen. Die Stimmen zeigen, dass an Rhein und Mosel noch immer der Geist des grossen Sohnes dieser Stadt lebendig ist, der vor hundert Jahren ein wortgewaltiger Herold der deutschen Befreiung und der deutschen Einheit war. In eindrlichen Worten hat Joseph Goerres seinen Landsleuten immer wieder vorgestellt, welch ein physischer und geistiger Zusammenhang zwischen allen deutschen Stämmen besteht, auch zwischen dem Nordosten und Südwesten Deutschlands, und dass nur bei einer Pflege des Zusammenhangs das Ganze gedeihen kann. Möge dieses Bewusstsein der inneren Verbundenheit und des Aufeinanderangewiesenseins aller deutschen Stämme, das sich hier am Rhein in so schöner Weise offenbart, immer stärker alle Teile Deutschlands durchdringen."

Ausser dem preussischen Ministerpräsidenten sprachen noch der Reichspräsident, der Koblenzer Oberbürgermeister, der Oberpräsident der Rheinprovinz und Reichsverkehrsminister von Guérard. Abends gab die Stadt Koblenz dem Reichspräsidenten ein Essen. Bei dieser Gelegenheit hielt der preussische Innenminister Dr. Waentig die Festrede.

SPD. Die Reichsregierung beabsichtigt, noch im Laufe dieser Woche neue Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zu erlassen. Welchen Inhalt diese Verordnungen haben werden, steht bisher noch nicht fest. Starke Kräfte fordern von der Regierung, von Artikel 48 in grossem Umfang Gebrauch zu machen und alle die Dinge zu erledigen, die im Reichstag auf Schwierigkeiten stossen. Andere halten dem gegenüber, dass man durch derartige Massnahmen nicht nur die Aussichten der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf verschlechtere, sondern unter Umständen auch Konflikte mit dem neuen Reichstag heraufbeschwöre. Diese Kreise wünschen deshalb, dass die Regierung nur diejenigen Massnahmen mit Artikel 48 verordne, die ihrem alten Programm entsprechen und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unerlässlich seien.

Die Mitteilung, dass nach Erlass der Verordnungen der Reichstagsausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung (Überwachungsausschuss) zusammentreten werde, eilt den Tatsachen voraus. Dieser Ausschuss hat die Aufgabe, die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung zu wahren. Die Frage, ob er auch Verordnungen des Reichspräsidenten, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, aufheben kann, ist bisher durch die Praxis nicht geklärt worden. Die Reichsregierung vertritt jedoch den Standpunkt, dass dem Ausschuss ein solches Recht nicht zusteht, da es sich nicht um Verordnungen der Reichsregierung, sondern um solche des Reichspräsidenten handelt, und da durch diese Verordnungen Rechte der Volksvertretung nicht verletzt werden. Im übrigen sei der Überwachungsausschuss kein Ersatz für den Reichstag. Das Recht zur Aufhebung von Verordnungen auf Grund des Artikels 48 stehe nur dem Reichstag zu, nicht aber einem seiner Ausschüsse.

Die Zuständigkeit des Überwachungsausschusses ist aber zweifellos bei Verordnungen der Reichsregierung notwendig, die normalerweise die Billigung des Reichstags oder eines seiner Ausschüsse erforderlich machen. Das gilt z.B. von der geplanten Verordnung über die Aufhebung der Kapitalertragsteuer, für die ausdrücklich im Gesetz die Zustimmung eines Reichstagsausschusses vorgesehen ist. Da der dafür sonst in Frage kommende Ausschuss nicht besteht, so wäre hier der Überwachungsausschuss zuständig.

Eine endgültige Entscheidung über die Einberufung des Ausschusses dürfte erst zu einer späteren Zeit erfolgen.

SPD. Prag, 22.Juli (Eig.Drahtb.)

In einer Geheimkonferenz wollten die Prager Kommunisten Vorbereitungen zu einem "Roten Tag" treffen. Der Ort der Konferenz war wegen der Polizei bis wenige Stunden vor dem Beginn der Tagung selbst den Delegierten streng geheimgehalten worden. Er befand sich an der Stadtgrenze von Prag. Als die Konferenz kaum begonnen hatte, stürzte ein Delegierter mit den Worten in den Saal: "Die Polizei ist da!" Die Delegierten zerschlugen mit den Stühlen die Fenster und flüchteten. Nur einen kleinen Teil konnte die Polizei festnehmen. Wie sich herausstellte, ist die Polizei über die kommunistische "Geheimkonferenz" von einem kommunistischen Delegierten verständigt worden.

SPD. Amtlich wird zu den Pressemeldungen über angebliche Vergleichsvorschläge in der Frage der Polizeikostenzuschüsse mitgeteilt, dass von der Thüringischen Staatsregierung irgendwelche Anregungen zu Vergleichsverhandlungen weder an Reichsminister des Innern Dr. Wirth noch an das Reichsministerium des Innern herangekommen sind. Der Reichsminister des Innern hat daher bisher keinen Anlass gehabt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

SPD. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat in einem Schreiben die Demokraten, die Wirtschaftspartei, die Gruppe Westarp und die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft zu einer Besprechung eingeladen, in der über eine "Zusammenfassung aller staatsbejahenden Kräfte" beraten werden soll. Der Plan ist nicht neu, er tauchte unmittelbar nach der Geburt der Regierung Brüning auf. Damals war die Rede davon, dass diese Gruppen sich zu einem "Evangelischen Zentrum" zusammenschliessen sollen. Die Absicht war natürlich ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie herzustellen. Damals ist das Projekt daran gescheitert, dass sich in den Reihen der Demokraten heftige Opposition erhob, während die anderen Gruppen sich noch stark genug fühlten, sich aufrechtzuerhalten, wobei jeder auf den Verfall des anderen spekulierte. Herr Scholz hat sich auf allen Seiten bei diesen Bemühungen Absagen geholt - selbst bei Herrn Mahraun.

Jetzt brennt der Volkspartei das Feuer auf den Nägeln: die Wahlniederlage von Sachsen ist ein böses Vorzeichen für die kommende Wahl. Dazu kommt ein anderes. Die Geldgeber für die Wahl drängen, sie wollen ihr gutes Geld nicht an hoffnungslose Gruppen hinauswerfen, sondern wollen eine handfeste Zusammenfassung sehen. Was gelten da noch politische Grundsätze, demokratische, liberale, konservative Ideen! Sie degenerieren wie das deutsche Bürgertum überhaupt. Der Gedanke, eine Promenadenmischung aus Liberalen und Konservativen, Demokraten und Monarchisten herzustellen, ist ein Geständnis des politischen Bankerotts im Geistigen. Es bleibt nur der gemeinsame trübe Wille zur Reaktion, die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie!

Sollte wirklich ein solches Monstrum für den Wahlkampf zurecht gebaut werden - wir glauben vorläufig nicht daran - umso besser für uns! Jeder politisch denkende Mensch wird dann erkennen, dass auf dem unfruchtbaren Acker des deutschen Bürgertums keine politischen Früchte mehr zu ernten sind.

SPD. Flensburg, 22.Juli (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag-Nachmittag kam es im Norden der Stadt zu schweren Ausschreitungen von Kommunisten.

Im Anschluss an eine kommunistische Demonstration gerieten Kommunisten mit Reichsbannerleuten in einen Streit, der zu einer regelrechten Schlägerei ausartete. Mehrere Kommunisten folgten einem Reichsbannermann in seine Wohnung und misshandelten ihn dort. Als die Schutzpolizei einen der Kommunisten nach der Polizeiwache bringen wollte, wurde sie von mehreren Kommunisten tätlich angegriffen. Einer der Beamten wurde von einem Kommunisten mit einer Eisenstange zu Boden geschlagen, ein anderer erhielt mehrere Faustschläge ins Gesicht. Es entstand schliesslich eine grosse Menschenansammlung, die gegen die Polizei eine drohende Haltung einnahm. Der Polizei blieb nichts anderes übrig, als sich der Angreifer mit dem Gummiknüppel zu erwehren. Mehrere Kommunisten wurden festgenommen.

SPD. London, 22.Juli (Eig.Drahtb.)

Der "Manchester Guardian" schreibt in einem Artikel zur politischen Lage in Deutschland, die Sozialdemokratie habe in den vergangenen Krisenwochen eine beachtenswerte Staatsmannskunst gezeigt und besonders in den Tagen vor der Reichstagsauflösung sei die sozialdemokratische Politik klar und bestimmt gewesen. Die Attacken Breitscheids und Landsbergs in den grossen Debatten wären treffsicher und vernichtend gewesen. Gleichzeitig aber habe die Sozialdemokratie konstruktive Vorschläge zur Lösung des Finanzproblems vorgelegt.

Der "Manchester Guardian" tritt zum Schluss seiner Betrachtungen der Ansicht entgegen, als herrsche gegenwärtig in Deutschland eine Diktatur. Der gegenwärtige Zustand, durch Dekrete zu regieren, sei mehr technisch als politisch zu bewerten. Die bisherigen Treibereien zur Errichtung einer Diktatur seien zunichte gemacht. Wenn dem so sei, so sei das vornehmlich der Arbeit der Sozialdemokratie zu verdanken.

SPD. Hamburg, 22.Juli (Eig.Drahtb.)

Auf der Hamburger Vulkan-Werft brach am Dienstag-Nachmittag gegen 6 Uhr ein Brand aus, der infolge eines starken Windes schnell um sich griff und bald zu einem Grossfeuer wurde. Der grösste Teil der Hamburger Feuerwehr wurde sofort an die Brandstelle entsandt.

SPD. London, 22.Juli (Eig.Drahtb)

Die Interparlamentarische Union beendete am Dienstag ihre Arbeiten. Zum Vorsitzenden wurde der Sozialist Buisson, der Präsident der französischen Kammer, gewählt. Beisitzer sind Schücking-Deutschland, Lafontaine-Belgien, Moldesen-Dänemark und Popp-Rumänien.

Am Schluss der Tagung erschien stürmisch begrüsst MacDonald, um den 500 aus allen Ländern versammelten Parlamentariern die Abschiedsgrüsse des englischen Volkes zu übermitteln. In einer grossen Rede feierte der englische Mini-

sterpräsident die Demokratie und den Frieden als das höchste Gut der Völker und die Zukunft der Menschheit. Der Friede sei aber nur zu erhalten durch die stetige und fortschreitende internationale Abrüstung, durch die soziale Wohlfahrt der Völker und den sozialen Aufstieg der Massen. Es sei ein ökonomisches Gesetz, dass die Wohlfahrt einer einzelnen Nation sich nicht trennen lasse von der Wohlfahrt aller. In diesem Gesetz liege begründet, dass die Lösung der sozialen Frage nur international möglich sei. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit und zugleich die Notwendigkeit der staatlichen Kontrollierung des Kapitals. In diesem Sinne bat MacDonald die Anwesenden in ihrer Heimat und in ihren Parlamenten zu arbeiten, damit die Wohlfahrt der Völker gefördert werde und der Friede erhalten bleibe.

Die Rede MacDonalds wurde mit tiefem Schweigen von der Versammlung entgegengehommen. Als der Ministerpräsident geendet hatte, erhob sich der gesamte Kongress und bereitete ihm eine minutenlange stürmische Ovation.

SPD. Genf, 22.Juli (Eigl Drahtb.)

Das ständige Generalsekretariat der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit hat gegenüber MacDonald, dem Vizekönig von Indien, Gandhi und Nehru telegraphisch dem Wunsch nach einer friedlichen Lösung der indischen Frage Ausdruck gegeben. Um die Zusammenarbeit auf der geplanten Konferenz zu erleichtern, wird die britische Regierung in dem Telegramm ferner um die Gewährung einer Amnestie in Indien gebeten.

SPD. Die Sammlungsbestrebungen auf der Rechten stehen vor dem Abschluss. Die Westarp-Gruppe und die "Volkskonservativen" unter Treviranus haben sich verständigt und werden am Mittwoch als "Konservative Volkspartei" mit einem Aufruf vor die Öffentlichkeit treten. Die Schiele-Gruppe und die übrigen deutschnationalen Splitter aus der Landwirtschaft ziehen als Landvolkpartei mit Unterstützung des Reichslandbundes in den Wahlkampf.

Die Frage, ob zwischen beiden Gruppen eine Listenverbindung erfolgt, dürfte erst am Mittwoch nach Abschluss der Tagung des Reichslandbundes geklärt werden. Im Vorstand des Reichslandbundes herrschten über die Zweckmässigkeit einer derartigen Listenverbindung am Dienstag noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

SPD. Weimar, 22.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Tage der Thüringischen Regierung sind nach Verlautbarungen aus der Volkspartei gezählt. Es sollen ernsthafte Bestrebungen im Gange sein, das bisherige Verhältnis zu den Nationalsozialisten noch vor den Reichstagswahlen zu lösen. Wie es heisst, beabsichtigen Volkspartei und Landbund im gegebenen Falle gemeinsam gegenüber Frick die Konsequenzen zu ziehen.

SPD. Hamburg, 22.Juli (Eig.Drahtb)

Das Feuer auf der Hamburger Vulkanwerft konnte bereits gegen 7 Uhr abends gelöscht werden. Dank der eifrigen Tätigkeit der Feuerwehr gelang es das Feuer bald einzudämmen, sodass nur ein hölzerner Schuppen mit eisernen Geräteteilen abbrannte.

SPD. Stettin, 22. Juli (Eig, Drahtb.)

In der Nacht zum Dienstag wurde hier der frühere kommunistische und jetzige nationalsozialistische Arbeiter Max Köhler von Kommunisten verfolgt, weil er in öffentlichen Versammlungen gegen seine frühere Partei Stellung genommen hatte.

Die kommunistischen Gegner des Köhler hatten erfahren, dass er sich am Montag abend in einem nationalsozialistischen Lokal aufhielt und lauerten ihm dort auf. Köhler war inzwischen gewarnt worden. Er flüchtete aus dem Lokal und fuhr in einem Auto zu seiner Wohnung. Die Kommunisten setzten ihm nach, versuchten in sein Haus einzudringen und gaben, als ihnen das misslang, mehrere Schüsse durch das Fenster seiner Wohnung ab, Köhler hielt sich unterdessen in der Nähe seiner Wohnung verborgen. Als er schliesslich aus dem Versteck hervorkam, nahmen ihn die Kommunisten unter Feuer, ohne ihn jedoch zu treffen. Der Hauptschütze, ein Kommunist Priebe, konnte verhaftet werden.

SPD. Hannover, 22. Juli (Eig.Drahtb.)

In den letzten Monaten sind - wie der sozialdemokratische "Volkswille" meldet - vom Reichsbanner in Hannover zahlreiche Anzeigen gegen Nationalsozialisten erstattet worden, die Reichsbannerleute und Andersgesinnte überfallen haben, ohne dass diese Anzeigen Erfolg gehabt hätten. Man habe es sogar in einem Falle fertig gebracht, einen Reichsbannermann unter Anklage zu stellen und die Nationalsozialisten, die das Reichsbanner überfallen hatten, als Zeugen auf die Zeugenbank zu bringen.

SPD. Leipzig, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

Die bisherigen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Philipp, Dr. Rademacher, Hartmann und Domsch, die in Sachsen gewählt waren, haben Hugenberg ihren Austritt aus der Deutschnationalen Partei mitgeteilt.

\+ + +

Der bisherige deutschnationale Abgeordnete Dr. von Dryander, der den Reichstagswahlkreis Düsseldorf-West im Reichstag vertrat, hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei erklärt.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamts, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Wagemann und zu seinem Stellvertreter den Direktor im Statistischen Reichsamt, Geheimen Regierungsrat Meisinger ernannt. Für den Fall der Behinderung des Reichswahlleiters und seines Stellvertreters wird das Mitglied des Statistischen Reichsamts, Oberregierungsrat Dr. Pusch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswahlleiters beauftragt. Die Geschäftsräume des Reichswahlleiters befinden sich Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193/194, Fernruf: Berlin Bismarck 7313. Telegrammadresse: Reichswahlleiter Berlin W. 15.

SPD. Amsterdam, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Stadt Aalten in der holländischen Provinz Gelderland wurde in der Nacht zum Dienstag von einer Windhose schwer heimgesucht. Obwohl die Windhose nur eine Breite von 25 Metern hatte, wurden von sehr vielen Häusern die Dachziegeln und die Schornsteine heruntergerissen. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt. Strichweise wurden auch Kartoffel aus dem Boden gerissen. Ausserhalb der Stadt wurden ganze Scheunen hochgehoben und kilometerweit fortgesetzt.

.....

SPD. Breslau, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Mittelpunkt der Beratungen des Bergarbeiterverbandstages stand am Dienstag die Lohnfrage.

In seinem Schlusswort zum Geschäftsbericht betonte Husemann, es sei wenig wegweisende Kritik geübt worden. Auch internationale Erfolge seien von der Stärke der Organisationen abhänig. Gegen die Angriffe der Opposition verteidigte er sich nicht. Die Leitung verkörpere nur, was an Kräften hinter ihr stehe. Notwendig sei gewerkschaftliche Zusammenarbeit- Sozialismus könne man nicht diktieren, er könne nur durch Demokratie und Freiheit erreicht werden. Nach diesem summarischen Abschluss des Tätigkeitsberichts wandte sich Husemann in deutlicher und entschiedener Form gegen die Lohnabbaupläne des Unternehmertums. Er führte aus:

Mit welcher Hartnäckigkeit die Bergbauunternehmer darauf ausgehen, die jetzigen Krisenzeiten zu einem Herabdrücken der Löhne auszunutzen, zeigen die von Zeit zu Zeit auftauchenden Zweckmeldungen in der Unternehmerpresse. Ich muss das als eine sehr gefährliche Stimmungsmache bezeichnen. So ist dieser Tage vom Essener Zechenverband wieder ein solcher Versuchsballon losgelassen worden. Sollte er etwa an unsere Adresse hier in Breslau gerichtet sein, so wird es gut sein, ihn gleich zum Platzen zu bringen. Es heisst da in der "Kölnischen Zeitung", die sich der Zechenverband offenbar zum Sprachrohr gewählt hat, dass der Rohrkohlenbergbau als erster von allen Revieren einen Preisabbau vorzunehmen gewillt sei, jedoch nur unter der Bedingung der Lohnherabsetzung. Die günstigste Lösung, so lässt sich die "Kölnische Zeitung" aus, wird in einer Verkoppelung des Lohn- und Preisproblems gesehen. Ich will dieser Katze gleich die Schelle umhängen. Eine Verkoppelung der Lohn- und Preisfrage kommt für uns als Verband und auch für den Reichskohlenrat unter keinen Umständen in Betracht. Der Lohnanteil an den Selbstkosten ist selbst in der letzten Zeit ständig zurückgegangen. Der Förderanteil steht heute an der Ruhr auf 1 367 kg., das sind genau 40% mehr als 1913. Er steht damit rund 260 kg oder beinahe 25% höher als in England, dem hauptsächlichsten kohlenwirtschaftlichen Wettbewerber. Von der Leistungsseite aus ist somit wirklich kein Grund zu erkennen, die Bergarbeiterlöhne herbazusetzen. Auch kostenmässig liegt kein Grund dazu vor. Bei einem Durchschnittslohn von 9 Mark, wie wir ihn jetzt an der Ruhr haben, beträgt der Lohnanteil lediglich 6,58 je Tonne. In der "Kölnischen Zeitung" ist nun weiter gesagt worden, dass gegenwärtig etwa für 120 Millionen Reichsmark Kohlen an der Ruhr auf Halden liegen. Das würde bedeuten, dass die "Kölnische Zeitung", da die Haldenbestände rund 6 Millionen Tonnen ausmachen, selber den erzielbaren Durchschnittspreis mit 20 Reichsmark je Tonne annimmt. Ich lasse dahingestellt, ob die Schätzung der "Kölnischen Zeitung" richtig ist, jedenfalls lässt sich jedoch klar erkennen, dass der ständig zurückgegangene Lohnanteil auf die Preisbildung von Kohle nur an sehr nachgeordneter Stelle einwirkt und dass ganz wo anders der Hebel angesetzt werden muss, nämlich bei den verhältnismässig hohen Gewinnen, die in Abschreibungen, stillen Reserven und in anderen nach aussen abgedunkelten Bilanzposten stecken. Die Frage der Kohlenpreise wird vom Bergarbeitervertreter im Reichskohlenrat ernsthaft geprüft werden müssen, und wir werden uns dabei des Vorgehens eines in der Braunkohle wie in der Ruhrkohle sehr mächtigen Mannes zu erinnern haben. Ich meine den Vorsitzenden des Reichskohlenrates, Herrn Dr. Silverberg, der gegen unsere Stimmen Preiserhöhung durchgedrückt hat. ohne dass eingestandenermassen kostenmässig ein Anlass dazu vorgelegen hat. Eine Verkoppelung des Lohn- und Preisproblems jedoch, wie es die Unternehmer wollen, wäre das Ende der Gemeinwirtschaft. Wir haben uns und den Reichskohlenrat bisher davor behütet, als die Lohnentwicklung nach oben zeigte, und wir werden jetzt erst recht dafür sorgen, damit nicht der Reichskohlenrat zum Tummelplatz und zum Vorspann der sozialreaktionären Tendenzen der Bergbauunternehmer missbraucht wird. Mit besonderem Nachdruck möchte ich noch bemerken, dass etwaige Versuche der Bergbauunternehmer, Lohnsenkungen vorzuschlagen, von den Ruhrbergarbeitern unter keinen Umstän-

den kampflos hingenommen werden. Ich hoffe, dass diese Zwischenbemerkungen von allen Stellen, die sie angehen, verstanden werden." - Der Appell Husemanns an den geschlossenen Abwehrwillen der Organisation fand auf dem Verbandstag stärkste Zustimmung.

Der Fall Weidner - Rositz, des Sprechers der Opposition aus dem Bezirk Zeitz, wurde durch eine scharfe Rüge erledigt. Weidner hatte sich anlässlich des Verbandstages in Magdeburg neben dem Lohn auch noch eine Entschädigung von der Gewerkschaft geben lassen. Man machte ihm klar, dass er kein Recht habe, Vorwürfe wegen hoher Diäten zu erheben. Der Betrag sei zurückzuzahlen. Von der Aberkennung des Mandats wurde abgesehen.

Der Entlastungsantrag der Kontrollkommission fand einstimmig Annahme; auch die Opposition entschied sich dafür. Ein Antrag Hausdorf, die Schädigungen durch Einatmung von Kohlensäure untersuchen zu lassen, damit nötigenfalls die Entschädigungspflicht durch die Unfallversicherung bejaht werden könne, wurde einstimmig angenommen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

Hitler, der kleine Mussolini.

SPD. In dem Augenblick, in dem das ganze republikanische Deutschland sich der Befreiung der Rheinlande freut, müssen wir des verbrecherischen Unfugs gedenken, den seinerzeit der Häuptling des Nationalsozialismus, Adolf Hitler zur Niederwerfung der französischen Besatzung in den Rheinlanden vorschlug. Der literarische Schildknappe Hitlers, Adolf von Koerber, hat in seiner Schrift: Adolf Hitler, sein Leben, seine Reden, die nationalistischen Wahnsinnsausbrüche des Münchener Sturmtruppen-Organisators festgehalten:

"Was hat es zu sagen, wenn in der Katastrophe unserer Gegenwart Industrieanlagen zugrunde gehen? Hochöfen können bersten, Kohlengruben ersaufen, Häuser mögen zu Asche verbrennen - wenn nur ein Volk dahinter aufsteht, stark, unerschütterlich, zum letzten entschlossen. Denn wenn das deutsche Volk wieder aufersteht, dann wird auch das andere alles wieder auferstehen.... Das Ruhrgebiet hätte das deutsche Moskau werden müssen."

Adolf Hitler hat den ganz besonderen Ehrgeiz, den faschistischen Gewaltmenschen Mussolini zu kopieren, dessen lebenswahre Photographie uns dieser Tage Pietro Neuni in seiner flammenden Schrift: Todeskampf der Freiheit (Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin SW 68) überliefert hat. Als der romantische Abenteurer d'Annunzio Fiume besetzte und entgegen den Beschlüssen von Versailles Fiume für Italien reklamierte, da beglückwünschte Mussolini den dichtenden "Kommandanten" von Fiume - nicht "Komödianten" - der mit einer Bande von Halbverbrechern einer ganzen Welt zu spotten suchte und im gegebenen Falle auf den Trümmern der Stadt Fiume untergehen wollte, als das Oberhaupt der wirklichen Regierung Italiens, "dem Gehorsam zu schulden sei". Der grössenwahnsinnige Poet, der sich selbst in die Register des "Fascio" von Fiume eigenhändig als "Mann vom Waffenhandwerk" eintrug, wollte die "Stadt Zoll um Zoll" verteidigen; er kapitulierte natürlich schnell, als die italienische Regierung die Kanonen ihrer Kriegsflotte auf die Stadt Fiume richtete. Selbstverständlich schied d'Annunzio nicht ohne theatralische Geste von Fiume, und er deklamierte dem Podestà dieser Stadt diese grossen Sprüche vor: "Ich lege meine Toten, meinen Schmerz und meinen Sieg in Ihre Hände." Den Sieg? Die Kapitulation von Fiume!

Hitler stellte sich erst garnicht bei der Ruhrbesetzung vor den ehernen Mund einer französischen Kanone. Er blieb einfach vor den Masskrügen Münchens sitzen und versicherte nochmals im Oktober 1923 dem Vertreter der "Daily Mail", dass man das ganze Ruhrgebiet einschliesslich der Bergwerke und Fabriken hätte in die Luft sprengen müssen, da man ja die Franzosen nicht aus dem Ruhrgebiet hätte vertreiben können. "Poincaré hätte dann im Ruhrgebiet gesessen wie damals Napoléon in Moskau". Der Vertreter der "Daily Mail" erkannte sofort, dass ihm Hitler den Diktator Mussolini vorspielen wollte und er sagte ironisch, dass der Münchener Nationalsozialist durchaus nicht die Eigenschaften Mussolinis besässe. Bei dem Verlassen des Hauptquartiers Hitlers habe er den Eindruck gehabt, aus einem Irrenhaus zu kommen.

Das Organ Hitlers, der "Völkische Beobachter", trat sofort in die Fusstapfen Mussolinis, als dieser ein Trommelfeuer auf den Parlamentarismus eröffnet hatte. Am 25. Oktober 1922 verwarf Hitler prinzipiell den parlamentarischen Weg zur Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands. Er erklärte feierlich, dass Parlamente nie dem deutschen Volke helfen werden. Er pries die Nationalsozialisten als die "Stosstruppe" an, "die das Schicksal des Volkes in die Hand nimmt, um es aus dem Sumpf heraus in eine bessere Zukunft zu führen."

Eine "Stosstruppe" wollten also die Nationalsozialisten gegen die "jüdische Revolution" von 1918 bilden. Das war wörtlich zu verstehen! Im bewussten Anschluss an Mussolini organisierten sie eine "Stosstruppe", eine Art faschistischer Miliz, um sie gegen die demokratische Republik aufzubieten. Die Schreckensherrschaft Mussolinis sollte auch in Deutschland aufleben. Die

"Stosstruppe" sollte durch die Ausübung terroristischer Akte direkt zu einer "revolutionären Gymnastik" - diesen Ausdruck hatte einst Mussolini gebraucht - erzogen werden. Ein entsetzliches Bild ungeheuerlicher Schreckenstaten stellt uns Pietro Neuni in seinem "Todeskampf der Freiheit" vor Augen, wenn er im Einzelnen die tollwütigen Gewaltausbrüche der italienischen Faschisten schildert. Man lese nur die Kapitel seines mit wuchtiger Leidenschaft geschriebenen Buches nach: Die Orgie des Nationalismus, die Verwüstung des "Avanti", die Mordtaten von Turin, die Ermordung Matteottis, eine Schreckensnacht in Florenz Und die treuen Schildknappen Hitlers eiferten ihren erhabenen Vorbildern in Italien nach Kräften nach. Hier nur ein kurzes Verzeichnis der Terrorakte der faschistischen Hitlerianer im Jahre 1923 - ein Verzeichnis, das natürlich gar keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

Am 23.September 1923 fällt eine Hitlersche Sturmtruppe über die sozialdemokratische Arbeiterjugend her, am 25.April 1923 schlagen die Nationalsozialisten eine förmliche Strassenschlacht gegen diese Jugend. Diese Schlacht wiederholt sich am 27.April 1923 in München-Schwabing. An diesem Tage wird die bürgerlich-liberale Frau Dr. Kempf pöbelhaft beschimpft. Am 23.April 1923 wurde der Eisenbahner Hammerschmied in Mittelfeld durch eine nationalsozialistische Kugel "erledigt". Am 29.April fällt der Maschinist Merkl in Schwandorf. Am 1.Mai 1923 werfen sich bewaffnete Nationalsozialisten den ersten Mai feiernden Arbeitern in München entgegen. Abermals erfolgen schwere Misshandlungen. Am 3.Mai 1923 unternimmt wieder eine nationalsozialistische Truppe einen Feuerüberfall auf die sozialdemokratische Arbeiterjugend. Am 21.Juni 1923 werfen sich Nationalsozialisten auf den Münchener Kommerzienrat Fränkel. Im Juli 1923 sind drei schwere nationalsozialistische Misshandlungen zu buchen. Am 29.Juli eröffnen nationalsozialistische Hakenkreuzler einen ernsthaften Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Rosenheim. In den ersten Septembertagen wird ein Arbeiter in Nürnberg ermordet. Im gleichen Monat ereignen sich fünf schwere Terrorakte der Nationalsozialisten.

Mussolini will bewusst die sozialistischen Arbeiter durch Gewaltstreiche einschüchtern und ihre Widerstandskraft brechen. Das gleiche Ziel verfolgt die "Sturmtruppe" Adolf Hitlers. Man kann sich danach ungefähr vorstellen, was Deutschland unter dem brutalen Knüppel- und Revolverregiment geworden wäre, wenn man die Darstellung Neunis über die Orgien des Faschismus in dem Buche: Todeskampf der Freiheit nachliest. Der konterrevolutionäre Aufruhr Hitlers wurde erfreulicherweise niedergeschlagen. Natürlich musste Hitler auch seinen "Marsch" auf die Hauptstadt des Landes haben. Aber der Mussolinische "Marsch auf Rom", der so glänzend von Neuni geschildert worden ist, erlebte ein tragikomisches Nachspiel in dem Hitlerschen "Marsch auf Berlin".

Warum triumphierte in Italien der Faschismus? Neuni gibt in seinem Buch die schlagende Antwort auf diese Frage: "Weil der Staat abdankte! Weil der Staat nicht gegen die konterrevolutionäre Miliz der Faschisten einschritt." So predigt uns die italienische Tragödie, die sich mit der dramatischen Lebendigkeit in "dem Todeskampf der Freiheit" abspielt, die eindringliche Lehre: "Vollständige Entwaffnung aller faschistisch-nationalsozialistischer Verbände"

P.K.

SPD. Dresden, 22.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Sächsischen Gusstahlwerke in Döhlen bei Dresden, die zu dem Konzern des Ruhrtrusts der Vereinigten Stahlwerke gehören, haben 950 Arbeitern gekündigt. Ein grosser Teil des Betriebes ist bereits stillgelegt. Kommt es zu der Entlassung der 950 Arbeiter, so würde das eine fast völlige Stillegung des Werkes bedeuten.

Possenspiel um die Klagemauer.

SPD. Jerusalem, im Juli (Eig.Bericht)

Die Verhandlungen vor der Untersuchungskommission des Völkerbundes über den Klagemauerstreit sind ebenso bedeutungslos wie unerfreulich. Obwohl der Streit um das Recht auf gottesdienstliche Handlungen an den Resten des Salomonischen Tempels seitens der Juden vor beinah Jahresfrist den Anlass zu dem blutigen Bürgerkrieg in Palästina gegeben hat, kräht heute weder bei der Mehrzahl der Araber noch der Juden ein Hahn nach der Angelegenheit. Der Fall ist zum Anlass für eine Disputation von Kuttenträgern aller Konfessionen und verschiedener Rassen geworden. Dabei bewegt er sich in Formen, die den von Heine in der "Disputation von Toledo" besungenen aufs Haar gleichen.

Der Sache der Religion, die im Orient immer noch höher im Kurs steht als im Abendlande, ist dieser Streit um spitzfindig zu welterschütternden Fragen aufgebauschten theologischen Bagatellen nichts weniger als nützlich. Aller Aufwand von juristischem und geistlichem Pathos vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, dass sich der Kampf nicht um Gegenstände des wirklichen Lebens sondern um bereits gespenstisch gewordene Fiktionen aus Urväters Zeiten handelt.

Das Aufgebot der Sachverständigen aus beiden Lagern ist ebenfalls nichts anderes als ein Possenspiel. Täglich tauchen die unmöglichsten Persönlichkeiten mit Mandaten auf, die sie sich selbst verliehen oder von bisher gänzlich unbekannten Organisationen erhalten haben. Bei den Juden ist ein Heerbann von Rabbis zur Stelle, die mit den kühnsten theologischen Theorien operieren. Einer von ihnen hält die Verwendung von mosaischen Gesetzbüchern bei den Gottesdiensten an der Klagemauer für eine Gotteslästerung in der höchsten Potenz. Andere Fachleute auf dem Gebiet der jüdischen Gottesgelehrtheit vertreten wieder mit der gleichen Entschiedenheit die völlig entgegengesetzte Anschauung.

Gross ist hier z.Zt. vor allem der Auftrieb von Delegationen aus allen Ländern der islamischen Welt. Es sind nicht nur Vertreter der Mohammedaner aus Palästina und seinen Nachbarländern erschienen, auch aus Indien, Persien, Marokko und aus europäischen Ländern sind Gläubige herbeigeeilt, um für die heilige Sache zu zeugen. Bei näherer Befragung solcher Vertreter kommt es mitunter zu belustigenden Ergebnissen. Ein Abgesandter Persiens muss zugeben, dass er Persien noch nie im Leben gesehen hat. Die persische Regierung ist nämlich so vernünftig gewesen, die Ausreise einer Deputation nach Jerusalem zu verbieten, da sie im Prinzip gegen die Geldausfuhr für religiöse Zwecke ist, die sie für eine ökonomisch unproduktive Angelegenheit hält. Sogar die Existenz eines Gross-Mufti von Polen lässt sich bei dieser Gelegenheit feststellen und man erfährt hierbei, dass Polen einen Grosswürdenträger der mohammedanischen Kirche für das Seelenheil zahlreicher in der Umgegend von Wilna lebender Anhänger des Propheten benötigt. Von dem Auftreten Seiner Eminenz, des Doktor Jakob Schwinkowitz hatten beide Teile grosses erwartet. Die Juden glaubten, dass er einen annehmbaren Vermittlungsvorschlag machen würde, während die Mohammedaner annahmen, dass eine Autorität mit europäischer Bildung und Kultur einen besonderen Eindruck auf die europäischen Richter hinterlassen würde. Weder die Einen noch die Andern sind auf ihre Rechnung gekommen. Doktor Schwinkowitz hat sich mit einer nichtssagenden Erklärung begnügt, dass Zeitmangel ihn daran hindere zu gunsten eines jüdisch-arabischen Ausgleichs zu wirken und er verschwand nach einer kurzen Gastrolle von der Bildfläche nicht ohne sein Mandat an einen wegen seines Fanatismus bekannten ägyptischen Scheich abgegeben zu haben.

Auf welchem Niveau der Ton steht, in dem beide Parteien miteinander verkehren, mag ein Zwiegespräch zwischen dem arabischen Anwalt und einem jüdischen Zeugen illustrieren. Der arabische Advokat, Auni Abd el Hadi, der in den Pausen des Kampfes um die heilige Sache des Islam noch Zeit findet, den Rechtsvertreter bei Grundstücksgeschäften mit den Juden zu spielen, nennt den jüdi-

schen Gelehrten Dr. Brawer einen Lügner. Die Kommission, die ihre Sache mit grossem Interesse und vielleicht etwas zu grosser Rücksicht auf den beiderseitigen Zelotismus führt, übersieht diesen Affront anscheinend geflissentlich, um keine Szenen zu provozieren. Dr. Brawer nimmt darauf für sich das Recht der Selbstverteidigung in Anspruch und wirft seinem Gegner an den Kopf, dass ihn ein Levantiner nicht beleidigen könne.

Ein Riesenaufwand von Geld und Arbeit wird zwecklos an eine Nichtigkeit vertan. Das einzig Erfreuliche an dem unerquicklichen Schauspiel bleibt die Tatsache, dass sich der Völkerbund dazu entschlossen hat, endlich ein selbständiges Urteil über eine umstrittene Angelegenheit des Mandatslandes einzuholen. Leider hat er bei der geringsten der vielen Sorgen Palästinas den Anfang gemacht. Hoffentlich wird er recht bald dazu übergehen, sich auch einmal um wichtigere Fragen wie die der Reform der palästinensischen Verwaltung, die Siedlungs- und die Reform der palästinensischen Agrarverhältnisse zu bekümmern, von denen die Existenz der Lebenden und die Zukunft kommender Generationen in ganz anderem Masse abhängt als von Steintrümmern, die für die Mehrheit der Menschen bestenfalls antiquarischen Wert besitzen.

SPD. Es wird uns geschrieben: Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde errichtete in dem freistehenden Militärbarackenlager "Munster Lager" eine Erholungsstätte für rund 400 6 bis 10 jährige Arbeiterkinder aus Berlin, Braunschweig und Kiel. Die Berliner Kinder sollten vier Wochen, die Braunschweiger und Kieler Kinder 14 Tage dort verbringen. Im Laufe der zweiten Woche wurde von den Kindern und Helfern eine Trauerfeier für die Bergarbeiterkinder in Schlesien abgehalten, in deren Verlauf u.a. der erste Vers der "Internationale" gesungen wurde. Die Militärbehörde nahm das Singen der "Internationel" zum Anlass, von der Lagerleitung die Räumung des Lagers binnen drei Tagen zu fordern. 250 Arbeiterkinder sind durch diese Forderung um 14 Tage ihrer Ferien gebracht worden.

SPD. Dresden, 22.Juli (Eig.Drahtb.)

Die in der Dienstagsitzung des Sächsischen Landtags angesetzte Wahl des Ministerpräsidenten verlief wieder ergebnislos. Auf den Sozialdemokraten Lipinski entfielen 32 Stimmen, den früheren Finanzminister Weber von der Wirtschaftspartei 31 Stimmen, den Nationalsozialisten Fritsch 14 Stimmen und auf den Kommunisten Renner 13 Stimmen. Die Demokraten stimmten für Dr, Külz.

Im Verlauf der Sitzung brachten die Kommunisten und Nationalsozialisten Anträge auf Auflösung des Landtags ein. Der Abgeordnete Edel (Soz) erklärte, dass die sozialdemokratische Fraktion nicht für die Anträge stimmen werde, da sie nicht beabsichtige, das parlamentarische System durch andauernde Wahlen diskreditieren zu lassen.

SPD. London, 22.Juli (Eig.Drahtb.)

In London tagt z.Zt. die dritte Konferenz der Arbeiterparteien des britischen Gesamtreiches. Den Vorsitz führt der Führer der britischen Gewerkschaften, Beard. Die Tagung wurde eingeleitet mit einer ausführlichen Rede des Kolonialministers Thomas. An der Tagung nahmen ausser den Vertretern des britischen Reiches für die sozialistische Internationale Fritz Adler und für die Gewerkschaftsinternationale Sassenbach teil. Die Sitzungen sind vertraulich.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die unsittlichen Kinderarme.

SPD. Folgendes hat sich in Bergisch-Gladbach im schwarzen Rheinland zugetragen:

Am 30. Juni besuchte eine Tochter eines Gladbacher Bürgers zum erstenmal den Religionsunterricht in der Berufsschule. Der Pfarrer Müller, der den Religionsunterricht erteilt, nahm Anstoss an ihrem Kleid und machte bekannt, dass die Kleider der Schulkinder den bischöflichen Richtlinien entsprechen müssten. Am 7. Juli erschien das Kind wieder in demselben Kleid im Religionsunterricht. Der Herr Pfarrer verliess daraufhin zum Zeichen des Protestes das Lokal und erteilte den Religionsunterricht nicht. Er setzte nun die Klassenlehrerin und einen anderen Lehrer in Bewegung, das Kind wurde kräftig bearbeitet, es müsse in einem anderen Kleid erscheinen. Es erschien jedoch nicht in einem anderen Kleid und die Folge war, dass der Pfarrer Müller das Kind vom Unterricht ausschloss. Der Vater des Kindes beschwert sich nun beim Kölner Regierungspräsidenten.

Der katholische Pfarrer von Bergisch-Gladbach pocht auf die bischöflichen Moderichtlinien. Selbstverständlich haben bischöfliche Erlasse in preussischen Schulen keine Gültigkeit. Will der Herr Pfarrer den Kampf um die Schule auf eigene Faust führen, will er den bischöflichen Erlassen auch in preussischen Schulen Gültigkeit verschaffen? Der Fall erfordert weniger eine politische als eine psychologische Erklärung. Der Herr Pfarrer ist seiner selbst nicht sicher, er fürchtet sündige Gedanken. Und warum, worin bestand die Unsittlichkeit dieses Kinderkleides? Es war bekanntlich heiss, und das Kind kam in einem ärmellosen Kleid zur Schule! Der Herr Pfarrer, der natürlich keine Kinder hat, weil er zum Zölibat verpflichtet ist, kann keine nackten Kinderarme sehen. Aus den Anschauungen solcher Menschen heraus, die selbstverständlich nicht als Norm gelten können, werden die moralinsauren Vorschriften geboren, mit denen die Bevölkerung von der Kirche und ihren Dienern belästigt und beleidigt wird!

Sag' es mit Romanen.

In einem Inseratenblatt, das in einer Vorstadt von Breslau erscheint, liest man in einem Roman "Der Schuss in der Nacht" den folgenden Dialog:

"Hoffentlich ist kein Matschwetter, sonst gibt es wieder Schneebruch und wir sind mit den Aufräumungsarbeiten ohnehin noch arg im Rückstand. Erst gestern sind wieder vier Holzarbeiter einfach weggeblieben. -

Ist denn hier die Leutenot so schlimm? Ich dächte doch, dass auf dem Lande und bei den hohen Stundenlöhnen -

Sollte man meinen ja - der Revierförster lachte kurz auf - nur die meisten ziehen es vor, sich Arbeitslosenunterstützung zahlen zu lassen, dabei stehen sie sich besser und können sich mit Wild- und Holzdiebstählen einen Nebenverdienst schaffen, der weit höher ist als sonst ihr Einkommen. -

Ja, es ist eine Sünde und Schande, wie tief unser Volk gesunken ist, aber die Regierung trägt selbst die meiste Schuld, ist schlapp, hat kein Rückgrat, weshalb zahlt sie Unterstützungen mitunter an Personen, die einfach nicht arbeiten wollen. -

Weshalb? um bei den nächsten Wahlen ein paar Stimmen mehr zu kriegen und wir, die Beamten, können uns dann zuschanden rackern, dafür werden uns dann bei nächster Gelegenheit, die Orts- Kinder und Teuerungszulagen gekürzt".

Das ist eine saubere Hetze ganz im Geiste der Scharfmacher, die sich in der Maske eines Romans heranschleicht! Durch tausend Kanäle fliesst das Gift der Verleumdung gegen die Arbeitslosen geflissentlich genährt von den Scharfmachern und Reaktionären aller Richtungen.

Vaterland und Hundezucht.

Prinz Alfons von Bayern, der grosse Protektor aller derer, die in Deutschland Sehnsucht nach einem Piepmatz im Knopfloch haben, hat einer Reihe von Vorstandsmitgliedern des deutschen Kartells für Hundewesen für vaterländische Verdienste das Prinz Alfons Ehrenzeichen aus Silber am blauen Bande verliehen. In der Liste der neu bepiepmatzten sind Sanitätsräte, Direktoren, Rittmeister und unter ihnen auch ein Fräulein Bazille - Stuttgart. Worin das besondere vaterländische Verdienst der Herren und der Tochter des Herrn Ministerpräsident Bazille besteht, ist nicht bekannt. Sollte es darin liegen, dass die Herren bemerkenswerte Hunde gezüchtet haben? Prinz Alfons von Bayern, der so viele Orden verleiht, hat sicher grosses Vergnügen am Schweifwedeln! Und ausserdem ist schweifwedelnde Demut, die die Hand leckt, die schlägt, die wahre Eigenschaft des Hundes, nicht eine wahrhaft vaterländische Eigenschaft? Vielleicht lässt man die edlen Zucjtprodukte der dekorierten Herrschaften bei künftigen vaterländischen Veranstaltungen aufmarschieren, damit sie an Stelle der Hurra-Schreier den Ordensherrn mit kräftigem Schweifwedeln begrüssen, wenn er mit stolzgeschwellter ordensgemusterter Männerbrust ihre Reihen abschreitet

Juristen der Republik.

Unmittelbar vor der Urteilsverkündung des Staatsgerichtshofs in Sachen der thüringischen Polizeigelder kam es im Sitzungssaal des Reichsgerichts zu einem Zwischenfall. Eine Bande von Hakenkreuzlern, die fast alle der nationalsozialistischen Studentengruppe in Leipzig angehören, versuchten die Pressevertreter anzupöbeln. Die Polizei kam und stellte die Namen der Hakenkreuzburschen fest, die sich am unwürdigsten benommen haben. Wer war es? Der eine war ein Rechtsanwalt Dr. Fritsche, der andere ein Referendar Rudolf Förster, also ein künftiger Richter der Republik!

Die Dreistigkeit dieser Leute erklärt sich daraus, dass sie auf eine Naziregierung in Sachsen hoffen - in Preussen würden sie sich wahrscheinlich erheblich zahmer benommen haben. Man erkennt an dem Zwischenfall, in welcher Atmosphäre das Reichsgericht seine Urteile fällt!

Nazis und Bombenmänner.

Die Zeitschrift "Die Kommenden" berichtet über eine Tagung des Kampfbundes für deutsche Kultur in Weimar, auf der neben anderen Die Nationalsozialisten Dr. Frick und Rosenbergsprachen. Diese Kampfbundtagung hat an den Landvolkführer Hamkens und die übrigen in Untersuchungshaft sitzenden Landvolkleute Grusstelegramme gesandt.

Es ist noch nicht ein Jahr her, dass die Nationalsozialisten öffentlich von den Bo,benattentätern abgerückt sind! Hitler hat damals sogar die Kühnheit besessen, eine Prämie für ihre Ergreifung auszusetzen. Jetzt schickt der Kampfbund für deutsche Kultur unter dem Protektorat von Frick und Rosenberg den Leuten von denen man öffentlich abrückte, Grusstelegramme. Die Nationalsozialisten verstehen sich ausgezeichnet auf die doppelte Moral in der Politik!

Aus aller Welt

Die Mörder und ihre Geheimnisse.

Der Kampf gegen die Wahrheit von Röntgental.

SPD. Berlin, den 22. Juli (Eig. Ber.)

Ein Partei=Rundreisender.

Im Prozess gegen die Röntgentaler nationalsozialistischen Mordgesellen ist die Vernehmung der Angeklagten endlich geschlossen. Auch bei der Vernehmung des Abschlussquartetts der Hitler'schen Edelgarde feierte die abgrundtiefe Verlogenheit des völkischen Mobs wahre Triumphe. Man hatte zu Zeiten das Gefühl in einer Kasperle=Vorstellung und nicht in einer ernsthaften Gerichtsverhandlung zu sein, so unglaublich naiv und durchsichtig schwindelten die Jünglinge vom Hakenkreuz den Vorsitzenden an, der sich mit einer Rhinozeroshaut gewappnet haben musste, so gelassen und gottergeben nahm er all das hin, was ihm die feigen Mordgesellen der Hakenkreuzfakultät vorschwätzten. Eine besonders duftige Marke dieser Hitler=Prätorianer ist der 18jährige Lehrling Kukelinski, der mit 16 Jahren strammer Rot=Jungfront=Mann war, mit 17 Lenzen den Geist der alten Frontsoldaten in Seldtes "Stahlhelm" betätigte und einige Monate später grimmiger S.A.=Mann in Hitlers=Rowdy=Formation wurde. Kukelinski war sozusagen der völkische Kriegsberichterstatter vom Röntgentaler Mordüberfall. Während der Schiesserei lag er, fast weinend vor Angst, hinter einem Steinhaufen platt auf dem Bauch, hinterher gab er ein von heldischen Details strotzenden Schlachtbericht à la Wippchen an die nationalsozialistische Presse. Hitler, der auch beim Hitlerputsch 1923 so herrlich schnell retirieren konnte, sollte diesen hoffnungsvollen Jüngling zu seinem Leibgardisten ernennen! –

Auf nach – Ungarn!

Am Dienstag, als die Zeugenvernehmung beginnen soll, reiten die besorgten Verteidiger eine neue Attacke. Es erhebt sich Herr Rechtsanwalt Becker, der ewige Assessor von Moabit, räuspert sich nachdrücklich und sagt mit näselnder Stimme: "Ich beantrage die Haftentlassung des Angeklagten Pankrath. Das ist keine leere politische Demonstration, sondern eine Forderung, die sich auf Tatsachen stützt." (Unruhe im Zuhörerraum. Die Angeklagten grinsen höhnisch und stossen sich in nicht misszuverstehender Weise an) Dr. Becker (fortfahrend): "Kein Mensch hat Pankrath während der Schiessereien vor dem Meisel'schen Lokal gesehen." (Dabei war bei Stellung dieses Antrages, noch kein einziger Zeuge vernommen!!) "Fluchtverdacht besteht auch nicht. Wohin soll denn der Angeklagte fliehen?" Staatsanwalt Stehnig springt auf, schlägt mit der Hand auf den Tisch und ruft mit erregter Stimme: "Vielleicht nach Ungarn, Herr Verteidiger!" Der Staatsanwalt widerspricht dann scharf und eindringlich dem Haftentlassungsantrag des Verteidigers und betont, dass sowohl Verdunklungsgefahr als auch Fluchtverdacht die Haftentlassung Pankraths als gänzlich unerträglich erscheinen lassen. Aber das erhebende Theater geht noch weiter. Nach dem schneidigen Dr. Becker beginnt dasselbe Spiel, aufgenommen durch den Rechtsanwalt Dr. Buchholz, der beantragt, den Angeklagten Schwab aus der Haft zu entlassen. Schwab, so ungefähr doziert der brave Verteidiger, sei die Unschuld selbst, irgendwelcher Verdacht bestehe eigentlich kaum mehr und so sei es fast nicht zu verstehen, warum man den tüchtigen S.A.=Mann Schwab nicht wieder in die goldenen Freiheit herumspazieren lasse, wo er ja dann wieder seine Begabung als Revolverschütze beweisen kann– –.

Pankrath freut sich zu früh...

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück, während sich die Angeklagten mit schlecht kopierter Heldenpose im Verhandlungssaal umsehen, als wären sie di Stars einer Filmgrossaufnahme. Pankrath scheint in bester Laune, spricht auf seine Nachbarn ein, schmunzelt, erzählt Witzchen und ist überzeugt, dass er in wenigen Minuten die lästigen Schranken der Angeklagtenbarriere hinter sich las sen kann. Während die elf, die sich in Freiheit befinden, draussen auf dem Gang herumlümmeln, und mit Goebbels "Angriff" in der Hand eine kleine, allerdings recht klägliche Demonstration versuchen....

Hindernisrennen über die Scheintodpistole.

Das Gericht erscheint und lehnt die Haftentlassungsanträge der Verteidi= gung ab, was bei den Angeklagten Erregung und halblaut gemurmelte Bemerkungen auslöst. Plötzlich kommt es zu einem sehr bemerkenswerten Zwischenfall. Rechts anwalt Plauth, der Verteidiger des Schülers Schlenter, erhebt sich und behauptet dass die Schreckschusspistole, die Schlenter beim Röntgentaler Ueberfall bei sich geführt hat, bei dem Zeugen Obst von der Polizei beschlagnahmt worden sei Die Waffe befände sich bei den Akten. Als man die Waffe hervorholt, bestreitet Schlenter merkwürdigerweise, dass es sich um seine Waffe handele. Er habe seine Pistole einen Tag nach dem Röntgentaler Zusammenstoss im Lokal Franz einem ge= wissen Brake gegeben, der sie in seiner Aktentasche (!) verwahrt habe. Da Bra= ke anwesend ist, kann er sogleich zu dem Vorfall vernommen werden. Aber der Nazi Brake weiss von nichts und kann sich trotz allseitigen dringenden Zure= dens absolut nicht daran erinnern, das Kriegswerkzeug des wilden Knaben Schlen ter verwahrt zu haben. Aber Brake weiss etwas anderes. Er erzählt, dass ein gewisser Brinkmann, Mitglied des Stahlhelms, einen Kriminalbeamten zu einem Kameraden geführt habe, bei dem mysteriöserweise Schlenters Pistole gefunden wurde. Wer lügt hier am meisten? Wahrscheinlich der Schüler Schlenter, der nach den Deckungen Brakes zwar sehr rot und aufgeregt wird, aber die Angaben seines Gesinnungsgenossen entschieden bestreitet. Die feigen Nazis scheinen sich über ihre Verhandlungstaktik, bezw. ihre Schwindelmanöver nicht mehr ganz im klaren zu sein, denn sie belasten sich schon, wider Absicht, gegenseitig.

Hände weg von der Wahrheit!

Brake ist sehr aktives Mitglied der Sturmabteilungen und hat schon einen gewissen Namen bei der politischen Polizei. Staatsanwalt Stehnig erhebt sich und stellt an den sturmerprobten Nazi folgende peinliche Frage: "Sagen Sie, stimmt es, dass die S.A.=Leute trotz des von ihrer Zentralleitung angeblich erfolgten Waffenverbots Schusswaffen bei sich führen?" Dr. Becker springt mit hochrotem Kopf auf, gestikuliert heftig und schreit in den Saal: "Ich bean= stande diese Frage. Es ist gänzlich gleichgültig, ob irgendwelche Leute dem Waffenverbot ihrer Parteileitung zuwider handeln(!) Das hat mit den Angeklag= ten gar nichts zu tun." Staatsanwalt Stehnig (sehr betont und energisch): "da hat mit der Sache sehr viel zu tun. Ich halte es von grosser Wichtigkeit, von dem Zeugen darüber Näheres zu erfahren." Herr Becker gerät in Exstase. "Es ist völlig ohne Belang. Ich beanstande nochmals." Das Gericht berät über Bek= kers Antrag und beschliesst befremdlicherweise, die Frage des Staatsanwalts als nicht zur Sache gehörig zurückzuweisen. "Allerdings", so erklärt der vorsich= tige Herr Ohnesorge, "weiss das Gericht, aus eigener Erfahrung, dass dieses Waffenverbot häufig nicht befolgt wird." Rechtsanwalt Joachim, der Vertreter des Nebenklägers fragt den Zeugen, ob man in Sturmtruppsitzungen darüber dis= kutiert habe, wie man "Abtrünningen", wie den Zeugen Rose oder den Angeklagten Renner, die aus der Schule plaudern, "entgegentreten" solle. Die Verteidigung beanstandet wiederum diese Frage, während die Angeklagten in ein blödes und vielsagendes Grinsen ausbrechen. Schliesslich antwortet der Zeuge Brake, nicht ohne Lächeln und sehr diplomatisch: "In den Sitzungen wird nur über politische Fragen gesprochen". Aber hinterher, lieber Brake? Darüber schweigt sich der Zeuge allerdings gänzlich aus. Der Anwalt des Nebenklägers stellt eine weitere

Frage: "Sind in Ihrer Gegenwart im Lokal Franz nach der Röntgentaler Schiesserei Verabredungen getroffen worden, wie man sich der Polizei gegenüber zu verhalten habe?" Auch diese Frage bringt die Verteidiger in helle Aufregung. Sie beraten hastig miteinander und beantragen dann, die Frage nicht zuzulassen. Schlagender konnte die Verteidigung das schlechte Gewissen der angeklagten nationalsozialistischen Mordbuben nicht illustrieren. Als das Gericht die Frage zulässt, antwortet der Zeuge Brake mit einem recht zögernden und stockenden "Nein". Man möchte fast befürchten, dass Herr Brake die Unwahrheit gesagt hat. Wird man ihn vereidigen? -- Auch dieser Tag enthüllt schonungslos das verbrecherische Treiben des nationalsozialistischen Gesindels. Ihre Blutschuld ist so klar wie der Tag.

+ + +

Rekordbesuch aus Amerika. In diesen Tagen wird Frankreich einen Rekordbesuch von Touristen aus Amerika zu verzeichnen haben. Durch das schlechte Wetter auf dem Atlantik hat sich die Fahrt einer Anzahl Ozeandampfer verzögert, sodass am Dienstag zu gleicher Zeit die sechs grossen Schiffe "Majestic", "Berengaria", "Leviathan", "Bremen", "Columbus" und "Cleveland" in Cherbourgh eintrafen. Diese sechs Dampfer brachten allein 5 000 Amerikaner nach Frankreich. Weitere 5 000 hatten sie bereits in Southampton abgesetzt. Am Mittwoch werden etwa 5 000 Personen an Bord der "Hamburg", der "Paris" und des "President Roosevelt" eintreffen.

+ + +

Ein Obstauto umgestürzt. In der Berliner Friedrichstadt raste am Dienstag ein mit vier Frauen besetztes Obstauto auf den Bürgersteig, prallte gegen eine Hausmauer und stürzte um. Die vier Frauen und der Chauffeur erlitten erhebliche Verletzungen, konnten jedoch nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden. Der Wagen war von auswärts gekommen und befand sich auf der Fahrt nach der Zentralmarkthalle am Alexanderplatz. Das Unglück ist auf einen Bruch der Steuerung zurückzuführen.

+ + +

Raubüberfall bei Hamburg. In der Nähe von Blankenese überfiel ein maskierter Räuber einen Abteilungsleiter einer Hamburger Firma, der sich mit seiner Gattin auf einem Spaziergang befand, und verlangte von ihm unter Bedrohung mit einem Revolver Geld. Als der Kaufmann sich zur Wehr setzte, feuerte der Räuber mehrere Schüsse ab und verletzte den Kaufmann schwer. In ihrer Angst händigte die Frau dem Räuber zehn Mark aus. Daraufhin ergriff der Bandit die Flucht.

+ + +

Ein Deutscher beim Europaflug verunglückt. Bei der Landung des von dem deutschen Piloten Oertzen geführten Flugzeuges auf dem Flugplatz in Heston bei London wurde am Dienstag nachmittag der Mechaniker von Reedern, als er aus dem Flugzeug kletterte, um die Stoppuhr zu stellen, von dem noch in Bewegung befindlichen Propeller so heftig an den Kopf getroffen, dass der Tod auf der Stelle eintrat.

Als erster Teilnehmer am Europafluge traf am Dienstag nachmittags der Entländer Butler in Saragossa ein. Er startete sofort zum Flug nach Madrid.

+ + +

Freiwillig gestellt. Der Inhaber der Düsseldorfer Kabelgrosshandlung Lienkemper, der nach Unterschlagung von mehreren hunderttausend Mark im Februar dieses Jahres geflüchtet war, hat sich freiwillig der Polizei gestellt und wurde in Haft genommen. Seine Unterschlagungen haben den Zusammenbruch nicht nur seiner eigenen Firma, sondern auch mehrerer seiner Lieferanten verschuldet.

+ + +

Von einer Lawine verschüttet. Drei junge Hochtouristen aus Strassburg, deren jüngster erst 13 Jahre zählte, wurden bei Chambéry mit ihrem Führer, einem Geistlichen, von einer Lawine verschüttet.

Wirtschaftskrise und Zinspolitik.

Das Bankkapital verschärft die Krise.

SPD. In den letzten 14 Tagen gab es im deutschen Bankwesen einen grosse Krach. Keine Riesenpleite (noch nicht!),aber eine ganz ausserordentlich scharfe Auseinandersetzung zwischen Privatbanken und öffentlichen Sparkassen. Dies Krach war sehr lehrreich; er nahm nämlich die letzten Hüllen von der negativen und letzten Endes wirtschafts= und volksfeindlichen Politik,die das deutsche private Bankkapital mit immer katastrophaleren Folgen betreibt.

Bei diesem Krach ging es um die Zinspolitik. Die Reichsbank hatte gerade ihren Diskontsatz (den Preis für die Bevorschussung von Handelswechseln)wieder einmal verbilligt und zwar von 4½ auf 4 %. Geht in einer Wirtschaftskrise der Reichsbankdiskont zurück, so heisst das jeder Kreditwürdige Privatunternehmer kann entsprechend verbilligtes Geld für seine Produktion bekommen,womit eine Wirtschaftskrise, auch im übrigen billigere Kosten vorausgesetzt,wieder in eine gute Konjunktur umschlagen könnte. Aber in Rheinland=Westfalen haben die privaten Banken, obwohl sie selbst nach der neuen Diskontsenkung um ½ % von der Reichsbank entsprechend billigeren Kredit haben konnten,ihre eigene Zinsforderungen diesmal nicht herabgesetzt,sodass die Wirtschaft entsprechend geschädigt wurde und tatsächlich auch die Gefahr einer Krisenverschärfung eintrat. Die Privatbanken gaben diese Schädigung auch zu, erklärten aber,daran sind die rheinisch=westfälischen Sparkassen schuld: die Banken hätten die (Soll=) Zinsen für Kredite gern entsprechend der Diskontsenkung verbilligt, die Sparkassen hätten aber die (Haben=) Zinsen für Einlagen nicht herabgesetzt; wenn die Banken ihre Einlagen auch so gut behandeln würden,kämen die Banken mit der Differenz zwischen Einlagen=(Haben=)Zinsen und Kredit (Soll=) Zinsen zur Erwirtschaftung der Kosten und der Dividende nicht mehr aus; darum könnten – trotz der Diskontermässigung – die Wirtschaftskredite solange nicht entsprechend verbilligt werden,als die Sparkassen ihren Einlegern weiter so hohe Zinsen vergüten. Dabei hatten aber die Sparkassen selbst ihre Anleihezinsen (für Hypotheken und offene Kredite) herabgesetzt und ihre eigene Zinsspanne also verkleinert.

Es wurde also,mitten in der schwersten Wirtschaftskrise, von den privaten Banken der tolle Vorwurf erhoben,die Sparkassen sind zu billig und müssten teurer sein; denn sonst werden die Privatbanken ruiniert. Die Sparkassen antworteten darauf mit Recht, für sie käme es auf den volkswirtschaftlichen Dienst (hohe Einlagen= und niedrige Kreditzinsen) an, nicht auf das privatwirtschaftliche Verdienen (umgekehrte Zinsordnung mit hoher Zinsspanne); im übrigen sei für die Einlagenzinsen nicht der Reichsbankkredit,sondern der Pfandbriefzins massgebend,weil die Sparer bei zu niedrigen Einlagezinsen einfach nur noch Pfandbriefe kaufen und die Sparkassen boykottieren. Als das Geld in Deutschland teur gewesen sei, die Banken teilweise mehr vergüteten als die Sparkassen, der Pfandbrief aber auch nur 8 % und Hypotheken nicht viel mehr als heute brachten,sei es den Banken nicht eingefallen,sich über die Sparkassenzinsen zu beklagen.

Dieser Streit schlug Wellen durch ganz Deutschland. In Berlin vermittelte (hinter den Kulissen natürlich) die Reichsbank zwischen Privatbanken und Spar=

kassenzentralen. Der Reichswirtschaftsminister und der preussische Wohlfahrts=minister setzten sich mit aller Macht für die Einführung des 7prozentigen Pfandbriefs ein (der den Sparkassen mit den Einlagezinsen ja zurückzugeben erlaubte!!). Schliesslich gaben die Sparkassen im grossen und ganzen mit der Einführung der 7prozentigen Pfandbriefe doch nach und setzten ihre Einlagen=zinsen herab.

Dieser "Frieden" zwischen Banken und Sparkassen hiesse einen grossen Skandal mit einem noch grösseren Skandal zudecken und begraben. Dieser Um=stand verlangt, dass mit aller Rücksichtslosigkeit einige Dinge ausgesprochen werden, über die zu sprechen der von den privaten Banken gewünschte gute Ton der bürgerlichen Oeffentlichkeit verbietet: die Konkurrenz der Sparkassen um die in Deutschland heute noch sichtbar fliessenden Kapitalquellen soll er=schlagen, die Sparkassen sollen in ein Zinskartell der Privatbanken eingespannt und die ungeheuren Fehler der privaten Bankpolitik, die die Bankenrentabilität bedrohen, sollen in ihrer schädlichen Wirkung neutralisiert werden - und alles auf Kosten der Gesamtwirtschaft!

Es ist verständlich, dass die privaten Banken immer grössere Sorgen haben und dass die öffentlichen Banken und die Sparkassen, zum Nutzen der Gesamtwirt=schaft, immer konkurrenzfähiger in der Heranziehung von neuem Kapital werden. Einmal sind Zahl und Kosten der Privatbanken im Verhältnis zum Geschäftsum=fang immer noch viel zu gross, der Sparkassenapparat ist viel weniger aufge=bläht und arbeitet, trotz höherer Gehälter, viel sparsamer. Zum Zweiten ha=ben die Banken ihre Sparer= und Rentnerkundschaft durch Verweigerung jeder Aufwertung auf Generationen verärgert. Zum Dritten - und damit beginnen die ärgsten Fehler - haben besonders die deutschen Privatbanken durch ihren ge=genseitigen Wettlauf in der finanzikapitalistischen Industriebeherrschung (eigentlich ein Wettlauf um die Kundschaft) die Voraussetzung eines guten Bankgeschäftes ruiniert: als industrielle Grossaktionäre stiessen die Banken mit ihrer Dividendenpolitik das Aktionärpublikum vor den Kopf. Sie mussten auf der Börse ihre eigenen Aktien stützen und die folgende Aktionärsvertrau=enskrise ruinierte das Emissions= und Börsengeschäft der Banken. Die indu=strielle Hausmachtpflege der Banken verlangte Zwangskredite und Zinsrabatte bei gleichzeitig wachsenden Verlustgefahren in den "nahestehenden" Unterneh=mungen, während die Kleinbetriebe überhaupt vernachlässigt und die nicht "nahe=stehenden" Kunden übers Ohr gehauen wurden. Viertens: Obwohl die Privatbanken am stärksten an der Verhinderung der Kapitalflucht interessiert sein müssten (die geflüchteten acht Milliarden wären doch fast hundertprozentig Privatbank=gelder geworden), geben sie selber bei dieser Flucht ein schlechtes Beispiel und treiben ihre eigene Kundschaft ins Ausland. Zum fünften hat die Hetze gegen die Kommunen und den öffentlichen Kredit, haben die immer mehr zu Kra=wattenverträgen werdenden Kreditgewährungen an öffentliche Körperschaften und Werke und hat schliesslich auch die Mittlerstellung der Banken bei der Verhöke=rung der öffentlichen Werke ans Ausland die letzte öffentliche Körperschaft aus den Bankkontoren vertrieben.

Jawohl, den Banken geht es heute nicht gut und sie geniessen wenig Ver=trauen; den Sparkassen geht es besser, sie geniessen mehr Vertrauen. Aber dar=an sind die Banken selber Schuld und nicht die Sparkassen. In der jetzigen Wirtschaftskrise sind die Sparkassen durch ihren Wettbewerb in der Zinspoli=tik nützlich, die Banken durch ihre Forderung nach Ausschaltung des Wettbe=werbs und nach einem öffentlich=privaten Zinskartell schädlich. Es ist des=halb bedauerlich, dass die Sparkassen im Kampf um die Zinsspanne überhaupt etwas nachgeben.

SPD. Im rheinisch-westfälischen Bergbau hat sich die arbeitstägliche Förderung von 344 927 Tonnen im Monat Mai auf 347 770 Tonnen im Monat Juni gesteigert. Die Gesamtförderung ging jedoch von 8,968 Millionen Tonnen auf 8,129 Millionen Tonnen zurück. Der Absatz (Koks und Briketts in Kohle umgerechnet) verringerte sich von 5,626 Millionen Tonnen auf 5,336 Millionen Tonnen. Davon gingen 2,724 Millionen Tonnen (im Vormonat 2,985) in das unbestrittene und 2,611 Millionen Tonnen (im Vormonat 2,641) in das bestrittene Gebiet.

Berliner Viehmarkt!

(22.Juli 1930)

SPD. Der Dienstagmarkt brachte ein beträchtliches Anziehen der Preise für Schweine und Kälber. Die Preissteigerung, die sich auch anderswo beobachten lässt, beruht in Berlin auf zu knappen Zufuhren. Der Auftrieb genügte bei weitem nicht der Nachfrage; insbesondere gilt das für den Kälbermarkt, wo Versand und Export in das Geschäft eingriffen. Das Geschäft war glatt. Fette Schweine waren schwer verkäuflich. Der Umsatz flaute am Schweinemarkt gegen Schluss ab. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb. Das Geschäft vollzog sich ruhig.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 42 - 48 (voriger Markt 42 - 48), b) 36 - 41 (36 - 40), c) 30 - 33 d) 26 - 28 (25 - 27), Kälber: a) -, b) 68 - 75 (63 - 69), c) 60 - 70 (53 - 65), d) 46 - 55 (43 - 50). Schweine: a) (über 300 Pfund) 68 - 70 (67 - 69), b) (240 - 300 Pfund) 69 - 72 (68 - 70), c) (200 - 240 Pfund) 70 - 72 (68 - 70), d) (160 - 200 Pfund) 68 - 69), e) (120 - 160 Pfund) 65 - 67 (64 - 66) f) (unter 120 Pfund - (-), g) (Sauen) 65 (62).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 22. Juli: I. 145 Mark, II. 135 Mark, III. 119 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.

SPD. Das Internationale Kupferkartell hat seine Notierungen weiter ermässigt und zwar von 11,50 Cents pro englisches Pfund auf 11,30 Cents, nachdem auf dem amerikanischen Markt der Kupferpreis bereits bis auf 11 Cents unterboten war. Die neue Ermässigung bedeutet für den deutschen Markt eine Verbilligung von über 23 Mark pro Tonne.

Terminroggen gestützt.

(Berliner Getreidebörse vom 22.Juli)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in schwächerer Haltung.Einmal fehlte jede Anregung vom Mehlmarkt her,an dem das Geschäft nach wie vor schleppend ist; ferner waren von den überseeischen Märkten neue Rückgänge gemeldet,die zum Teil mit den Plänen in den Vereinigten Staaten zusammen hängen, die Stützungskäufe für Weizen einzustellen.In Inlandsgetreide neuer Ernte war etwas mehr Angebot vorhanden,doch war das Geschäft klein.Die Gebote lauteten etwa 1 - 2Mark niedriger. Am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte war in Roggen nur geringe Tätigkeit der stützenden Stellen zu beobachten. Die Preise gaben bis zu 2 Mark nach.In Weizen betrugen die Rückgänge ebenfalls bis zu 2 Mark. Hafer war etwas stärker gedrückt.In Weizen= und Roggenmahl wurde nur der laufende Bedarf gedeckt.Wintergerste wurde in feinen Qualitäten etwas stärker umgesetzt.

	21.Juli	22.Juli
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	172 - 177	167 - 177
Futter= und Industriegerste	170 - 195	175 - 198
Hafer	179 - 187	178 - 185
Weizenmehl	32,25 - 40,00	32,25 - 40,00
Roggenmehl	23,50 - 26,25	23,50 - 26,25
Weizenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00
Roggenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 294,September 264-263½ Oktober 265½-265 Brief,Dezember 270½ Brief. Roggen Juli -,September 184-182½, Oktober 187-185½,Dezember 196-194. Hafer Juli 189½-189¼,September 183-182, Oktober 186¾-185½,Dezember 192-190.

Berliner Raubfuttermarkt.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM.	0,90	- 1,05
" " Weizenstroh (" ")	"	0,75	- 0,95
" " Haferstroh (" ")	"	0,55	- 0,65
" " Gerstenstroh (" ")	"	0,55	- 0,65
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	"	0,80	- 0,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	0,65	- 0,67
Häcksel	Tendenz still	1.40	- 1.40
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1,50	- 1,80
Gutes Heu, gesund und trocken	"	2.-	- 2.35
Thymothee, lose	"	2.30	- 2.80
Kleeheu, lose	"	2.50	- 2.70
Mielitz=Heu, lose, rein	"		-
" " (Warthe)	"		-
" " (Havel)	"		-
Drahtgepresstes Heu	"	0,40 über Notiz.	
	Tendenz stetig.		

Gewerkschaftliche Rundschau

N e h m e n ist seliger denn geben.

SPD. "Geben ist seliger denn nehmen". Ein schöner Satz. So steht er in den deutschen Schulbüchern. In der Politik der Unternehmer lautet dieser Satz umgekehrt: "Nehmen ist seliger denn geben". Geht es einem Gewerbe in Deutschland schlecht, wackelt irgendwo eine Fabrik, dann muss der Staat mit dem Gelde der Allgemeinheit den Unternehmern zu Hilfe eilen. Dieselben Herrschaften aber, die sich die Hilfe der Allgemeinheit recht gern gefallen lassen, verfahren mit den von ihnen abhängigen Arbeiter- und Angestelltenexistenzen brutal und grausam. Sie machen es noch schlimmer - wie der Schuldner der Bibel, der sich von seinem Gläubiger die Schuld schenken und seinen eigenen Schuldner unbarmherzig in den Schuldturm werfen liess. Sie stossen nicht Leute, die ihnen etwas schuldig sind, sondern die von ihnen etwas zu fordern haben, in Not und Verderben. Ein Musterbeispiel für diese schäbige Gesinnung liefern zur Zeit die ostpreussischen Agrarier. Beim Reich betteln sie um Hilfe, und gegenüber ihren Arbeitern weigern sie sich, die erbärmlichen Löhne zu verbessern.

Mit dieser geradezu aufreizenden Haltung der ostpreussischen Agrarier, die unter der Arbeiterschaft bereits viel böses Blut gemacht hat, beschäftigt sich jetzt auch der Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes. Er schreibt im "Landarbeiter": "Für das Vorgehen der landwirtschaftlichen Unternehmer Ostpreussens fehlt einem jedes Verständnis. Das umso mehr, als gerade sie es sind, die es für selbstverständlich halten, dass sich der Staat ihrer Interessen im besonderen Masse annimmt und ihnen Riesensummen über Riesensummen zur Verfügung stellt. Dem Reichstag lagen bereits Vorschläge der Regierung vor, die eine weitgehende Erfüllung der Wünsche der landwirtschaftlichen Unternehmer vorsehen.

Die landwirtschaftlichen Unternehmer verlangen Hilfe, wenn sie aber helfen sollen, ist ihnen jeder Pfennig zu viel, Dann ist es ihnen sogar gleichgültig, ob sich der ostpreussischen Landarbeiterschaft eine grenzenlose Verzweiflung bemächtigt und sie nicht mehr ein noch aus weiss. Ist das die Volksgemeinschaft, von der die landwirtschaftlichen Unternehmer so viel reden und von der sie sagen, dass nur durch sie der deutsche Staat gesunden kann?

Unverständlich wäre, wollte der Reichstag das Vorgehen der ostpreussischen Landwirte widerspruchslos hinnehmen. Man könnte in diesem Falle sogar von einer Belohnung einer volksverderblichen Tätigkeit sprechen. Es ist Pflicht des Reichstages, den Herrschaften mit aller Deutlichkeit klar zu machen, dass an eine wirksame Hilfsaktion nur gedacht werden kann, wenn sie sich der Not der ostpreussischen Landarbeiter erinnern. Zu einer derartigen Einstellung liegt um so mehr Anlass vor, als die Landarbeiter keine nebensächliche Erscheinung in der Landwirtschaft sind. Sie sind, auch das müsste den landwirtschaftlichen Unternehmern Ostpreussens mit aller Deutlichkeit gesagt werden, der Faktor, der eine landwirtschaftliche Produktion überhaupt erst ermöglicht."

Im neuen Reichstag muss dafür gesorgt werden, dass eine Reichshilfe nur dann bedrohten Unternehmern gewährt wird, wenn diese Unternehmen auch gegenüber den Gewerkschaften wenigstens einigermassen ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen. Wie jetzt im Berliner Metallkonflikt die Gewerkschaften sehr nachdrücklich die Forderung erhoben haben, dass öffentliche Arbeitsaufträge nur an Firmen gegeben werden, die sich keine Tarifbrüche und dergl. Dinge zu Schulden kommen lassen, so muss ganz allgemein das Reich vor allen Scharfmachern seine

Taschen zuknöpfen. Die Arbeiter und Angestellten haben es in der Hand, bei den Reichstagswahlen in diesem Sinne Wandel zu schaffen, indem sie Sozialdemokraten in den Reichstag schicken.

SPD. Die Vertreter der am Tarifvertrag für die Berliner Metallindustrie beteiligten Angestelltenorganisationen hatten in ihrer bereits gemeldeten Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister aus Anlass des Gehaltsabbaukonflikts sehr energisch auf den angekündigten Tarifbruch einer Reihe von Firmen der Berliner Metallindustrie hingewiesen und dabei daran erinnert, dass eine Anzahl dieser Firmen demnächst auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms öffentliche Arbeit erhalten soll. Der Reichsarbeitsminister erklärte sich bereit, auf den Verband Berliner Metallindustrieller einzuwirken und ihn auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die sich aus der gegenwärtigen Lage auch hinsichtlich der Vergebung öffentlicher Aufträge ergeben könnten.-

In den christlichen Organen wird der Verband Berliner Metallindustrieller darauf aufmerksam gemacht, dass sein Vorgehen viel Kurzsichtigkeit verrate, denn er arbeite mit der Einführung von Kurzarbeit und mit Gehaltskürzung letzten Endes nur für die Sozialdemokratie. Das ist richtig. Die Berliner Metallindustriellen bilden sich zwar ein, dass die durch ihre Massnahmen herbeigeführte Radikalisierung der Angestelltenschaft eine Vermehrung der Wähler bei den Nationalsozialisten und Kommunisten herbeiführt. Sie täuschen sich; denn Hitlerphrasen sind nur etwas für geistig anspruchslose Leute.

SPD. Die Angestellten-Internationale hat Zuwachs erhalten. Der Rumänische Angestelltenverband mit 2500 Mitgliedern hat sich ihr angeschlossen. Die Internationale umfasst jetzt 48 Verbände in 20 Ländern.

SPD. Für den amerikanischen Kohlenbergbau ist von den Vertretern der organisierten Grubenarbeiter und Kohlenindustriellen ein neuer Arbeits- und Lohntarif vereinbart worden, der bis April 1936 laufen soll. Die neuen Abmachungen sind im wesentlichen den Forderungen der Arbeiterschaft angepasst. Der Lohntarif unterliegt im Konfliktsfall einer Nachprüfung durch eine gemischte Kommission. Der endgültige Abschluss der Vereinbarung hängt von der Betätigung der Organisationen ab.

SPD. Die niederländisch-indischen Handelsfirmen bauen die Angestelltengehälter ab. So hat die Direktion der Handelsgesellschaft Wattis u. Co. in Soerabaja ihrem gesamten Personal einen grossen Gehaltsabbau angekündigt. Sie will die Gehälter zwischen 350 und 500 Gulden um 10 Prozent, die zwischen 500 und 1000 Gulden um 20 Prozent und die über 1000 Gulden um 30 Prozent herabsetzen.

Die Lebenshaltung nach europäischer Art ist in Ostindien ungeheuer teuer. Eine bescheidene Wohnung nach europäischem Muster kostet etwa 150 Gulden Monatsmiete. Ein Angestellter mit 500 Gulden ist kärglich bezahlt. Die Kürzung der Gehälter ist also sehr empfindlich.